Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/361

25. 05. 87

Sachgebiet 188

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 16. Mai 1985 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen

A. Zielsetzung

Die schon bisher zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark geübte Praxis der gegenseitigen Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen soll durch die getroffene bilaterale Vereinbarung auf eine rechtliche Grundlage gestellt werden. Inhaltlich im wesentlichen gleichlautende Abkommen wurden mit Frankreich am 3. Februar 1977, Luxemburg am 2. März 1978, Belgien am 6. November 1980 und der Schweiz am 28. November 1984 unterzeichnet; mit den Niederlanden sind Vertragsverhandlungen aufgenommen worden.

B. Lösung

Das am 16. Mai 1985 unterzeichnete Abkommen trifft die erforderlichen Regelungen. Es soll die bestehende ständige und enge Zusammenarbeit zur Vorbeugung und Bekämpfung von Katastrophen oder schweren Unglücksfällen, insbesondere durch Festlegung von Ansprechstellen, Erleichterung des grenzüberschreitenden Verkehrs von Personen und Sachen, Regelung von Schadensersatz und Haftung, prinzipiellen Verzicht auf Kostenerstattung sowie durch Verstärkung des wissenschaftlich-technischen Informationsaustausches fördern.

Mit dem vorgelegten Vertragsgesetz soll das Abkommen die für die Ratifikation erforderliche Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften nach Art. 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes erhalten.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Der Vereinbarung liegt das Prinzip des gegenseitigen Verzichts auf Kostenerstattung bei Hilfeleistungen im humanitären Bereich zugrunde. Diese Regelung läßt erwarten, daß sich die Aufwendungen beider Vertragsparteien für wechselseitig gewährte Hilfe über einen längeren Zeitraum gesehen ausgleichen.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
121 (116) – 216 00 – Zi 25/87

Bonn, den 25. Mai 1987

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 16. Mai 1985 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen mit Begründung.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut des Abkommens in deutscher und dänischer Sprache sowie die Denkschrift zum Vertrag sind beigefügt.

Federführend ist der Bundesminister des Innern.

Der Bundesrat hat in seiner 576. Sitzung am 15. Mai 1987 beschlossen, gegen den Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes keine Einwendungen zu erheben.

Kohl



Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 16. Mai 1985 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Tondern am 16. Mai 1985 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Aufwendungen, die auf seiten der Bundesrepublik Deutschland bei Hilfeleistungen in Dänemark entstehen, trägt in den Fällen

1. des Artikels 3 Abs. 1 Buchstabe a des Abkommens der Bund,
2. des Artikels 3 Abs. 1 Buchstabe b und des Artikels 3 Abs. 2 des Abkommens das Land Schleswig-Holstein;

landesrechtliche Bestimmungen über die Kostentragung innerhalb des Landes bleiben unberührt.

(2) Bei Aufwendungen, die auf seiten der Bundesrepublik Deutschland in den Fällen des Artikels 8 Abs. 2 und 3 des Abkommens entstehen, richtet sich die Kostenträgerschaft danach, ob die jeweilige Hilfemaßnahme in den Aufgabenbereich des Bundes oder der Länder fällt.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 16 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da das Gesetz in Verbindung mit dem Abkommen auch das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden regelt.

Zu Artikel 2

Dem humanitären Geist des Abkommens entsprechend, gehen beide Vertragsstaaten hinsichtlich der Kostenerstattung von einem umfassenden wechselseitigen Kostenverzicht aus.

Der Bund trägt alle Kosten in den Fällen, in denen er nach dem Abkommen unmittelbar um Hilfe ersucht wird oder in denen das Grenzland Schleswig-Holstein das an das Land gerichtete Hilfeersuchen an den Bund weiterleitet, weil das Ausmaß der Katastrophe Hilfeleistungen in einem Umfang erfordert, der den üblichen Rahmen der Nachbarschaftshilfe im Bereich der Grenzländer und -kommunen überschreitet.

Die auf seiten der Bundesrepublik Deutschland für Hilfsmaßnahmen in Dänemark entstehenden Kosten sind vom Land Schleswig-Holstein zu tragen, wenn dieses nach Artikel 3 des Abkommens das Hilfeersuchen entgegengenommen und Hilfe zugesagt hat.

Dieser Regelung liegt der Gedanke zugrunde, daß Grenzländer und -kommunen schon seit jeher über die Grenze hinweg Hilfe geleistet und Hilfe empfangen und die dazu erforderlichen Entscheidungen ohne Einschaltung des Bundes getroffen haben.

Diese herkömmliche Übung entspricht der Notwendigkeit, daß auch im grenznahen Bereich Nachbarschaftshilfe in Katastrophenfällen schnell und ohne lange Entscheidungswege geleistet werden muß, damit sie wirksam greifen kann.

Da die Hilfeleistungen im grenznahen Bereich auf der Grundlage der Gegenseitigkeit geleistet werden, sind auch in der Vergangenheit in aller Regel die entstandenen Kosten weder von deutscher noch von dänischer Seite dem jeweils Hilfeersuchenden in Rechnung gestellt worden. Die Entscheidung über die Hilfeleistung und über den Kostenverzicht lag also auch bisher schon in einer Hand. Die für den Fall einer Hilfeleistung nach Artikel 3 Abs. 2 des Abkommens getroffene Kostenregelung bedeutet nicht notwendigerweise eine Abkehr von der bisherigen

Praxis, daß die hilfeleistenden deutschen Grenzgemeinden und -kreise ihre Aufwendungen selbst tragen. Der staatsrechtliche Begriff „Land" schließt vielmehr auch die Kommunen ein.

Artikel 2 Abs. 2 bedeutet, daß in den Fällen, in denen bei Hilfeleistungen der dänischen Seite in der Bundesrepublik Deutschland Aufwendungen nach dem Abkommen entstehen, diese gemäß Artikel 104 a Abs. 1 des Grundgesetzes in der Regel von den Ländern zu tragen sind.

In landesinterne Kostenregelungen wird durch das Abkommen nicht eingegriffen.

Zu Artikel 3

Das Abkommen soll auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 16 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen

Die Bundesrepublik Deutschland

und

das Königreich Dänemark,

überzeugt von der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Organen der beiden Staaten mit dem Ziel, die gegenseitige Hilfe bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen zu erleichtern und die Entsendung von Hilfskräften und -material zu beschleunigen,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Jede Vertragspartei verpflichtet sich, der anderen Vertragspartei bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen entsprechend ihren Möglichkeiten und nach den Bestimmungen dieses Abkommens Hilfe zu leisten. Katastrophe oder schwerer Unglücksfall im Sinne dieses Abkommens ist ein Geschehen, das Leben oder Gesundheit zahlreicher Menschen, erhebliche Sachwerte oder die lebensnotwendige Versorgung der Bevölkerung in so ungewöhnlichem Maße schädigt oder gefährdet, daß zu einer Bekämpfung auch der Einsatz von Einheiten und Einrichtungen erforderlich erscheint, die nicht für den täglichen Einsatz ständig zur Verfügung stehen.

(2) Art und Umfang der Hilfe werden je nach Einzelfall durch die nach Artikel 3 zuständigen Behörden einvernehmlich festgelegt.

Artikel 2

(1) Die Hilfe nach Artikel 1 besteht in der Entsendung solcher Hilfsmannschaften an den Ort der Katastrophe oder des schweren Unglücksfalls, die insbesondere in den Bereichen Brandbekämpfung, Bekämpfung von atomaren und chemischen Gefahren, Sanitätshilfe, Bergung oder behelfsmäßige Instandsetzung ausgebildet sind und über das für ihre Aufgaben erforderliche Spezialgerät verfügen. Die Hilfe wird in der Regel auf deutscher Seite durch Einheiten des Katastrophenschutzes, auf dänischer Seite durch Einheiten des Zivilschutzes geleistet, und, falls erforderlich, in jeder anderen geeigneten Weise.

(2) Die Hilfsmannschaften können auf dem Land-, Luft- oder Wasserweg entsandt werden.

Artikel 3

(1) Die für die Anforderung und Auslösung der Hilfsmaßnahmen zuständigen Behörden der Vertragsparteien sind

a) der Innenminister der Bundesrepublik Deutschland und der Minister der Justiz des Königreichs Dänemark;

Overenskomst mellem Forbundsrepublikken Tyskland og Kongeriget Danmark om ydelse af gensidig bistand ved katastrofer eller alvorlige ulykker

Forbundsrepublikken Tyskland

og

Kongeriget Danmark,

som er overbevist om nødvendigheden af et samarbejde mellem de kompetente organer i begge lande med det formål at lette den gensidige bistand i tilfælde af katastrofer eller ved alvorlige ulykker og at fremskynde udsendelsen af hjælpemandskab og materiel, er blevet enige om følgende:

Artikel 1

(1) Hver kontraherende part forpligter sig til i tilfælde af katastrofer eller ved alvorlige ulykker at yde den anden kontraherende part bistand i overensstemmelse med sine muligheder og i henhold til denne overenskomsts bestemmelser. Katastrofe eller alvorlig ulykke skal i denne overenskomst forstås som en hændelse, der skader eller truer talrige menneskers liv eller helbred eller betydelige værdier eller befolkningens livsnødvendige forsyninger i en så usædvanlig grad, at det til imødegåelse heraf skønnes nødvendigt at indsætte hjælpeenheder og materiel ud over, hvad der normalt står til rådighed.

(2) Hjælpens art og omfang fastlægges i det enkelte tilfælde i samråd mellem de i artikel 3 nævnte kompetente myndigheder.

Artikel 2

(1) Den i artikel 1 forudsete bistand består i udsendelse til katastrofestedet eller stedet for den alvorlige ulykke af hjælpemandskaber, som er særligt uddannet til brandbekæmpelse, bekæmpelse af nukleare og kemiske farer, sanitetshjælp, bjergning eller nødreparationer, og som råder over det for udførelsen af disse opgaver fornødne specialudstyr. Bistand vil fra tysk side som regel blive ydet af enheder fra Katastrofebeskyttelseskorpset og fra dansk side af enheder fra Civilforsvaret, og i øvrigt ydes bistanden om nødvendigt på enhver anden hensigtsmæssig måde.

(2) Udsendelse af hjælpemandskaberne kan ske til lands, til vands eller ad luftvejen.

Artikel 3

(1) De kontraherende parters kompetente myndigheder, der kan anmode om og iværksætte bistandsforanstaltninger, er

a) Forbundsrepublikken Tysklands indenrigsminister og Kongeriget Danmarks justitsminister.

b) auf der Ebene des grenznahen Gebiets:

- auf deutscher Seite: der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein oder die Landräte der Kreise Nordfriesland und Schleswig-Flensburg sowie der Oberbürgermeister der Stadt Flensburg;
- auf dänischer Seite: der Polizeipräsident in Graasten.

(2) Wenn hierzu ein Bedürfnis besteht, wird die Hilfe jedoch unmittelbar von den zuständigen Behörden der Grenzgemeinden erbeten und zugesagt.

(3) Der Innenminister der Bundesrepublik Deutschland und der Minister der Justiz des Königreichs Dänemark teilen einander, soweit erforderlich, die in Absatz 1 Buchstabe b genannten Behörden mit und ergreifen die Maßnahmen, die erforderlich sind, um die Kontakte zwischen ihnen herzustellen.

Artikel 4

(1) Um die für einen Hilfseinsatz erforderliche Wirksamkeit und Schnelligkeit zu gewährleisten, beschränken die Vertragsparteien die Förmlichkeiten beim Überschreiten der gemeinsamen Grenze auf das unerläßliche Mindestmaß.

(2) Der Leiter einer Hilfsmannschaft hat nur eine Bescheinigung mitzuführen, die den Hilfseinsatz, die Art der Einheit und die Zahl ihrer Angehörigen ausweist. Diese Bescheinigung wird von der Behörde ausgestellt, der die Einheit untersteht. Die Angehörigen der Hilfsmannschaft sind vom Paßzwang und vom Erfordernis einer Aufenthaltserlaubnis befreit.

(3) Kann im Fall besonderer Eilbedürftigkeit die Bescheinigung nach Absatz 2 nicht vorgelegt werden, so genügt jeder andere geeignete Nachweis, daß die Grenze zu einem Hilfseinsatz überschritten werden soll.

(4) Wenn es die Eilbedürftigkeit erfordert, kann die Grenze auch außerhalb der zugelassenen Übergangsstellen überschritten werden. Die mit der Grenzüberwachung beauftragten Behörden sind vorher hierüber zu unterrichten.

Artikel 5

(1) Im Sinne dieses und des folgenden Artikels bedeuten die Begriffe

„Ausrüstungsgegenstände"

das Material, die Fahrzeuge und die persönliche Ausstattung, die zum Gebrauch durch die Hilfsmannschaften bestimmt sind;

‚Hilfsmittel"

die aus Anlaß des jeweiligen Einsatzes mitgeführten zusätzlichen Ausstattungsteile und sonstige Waren, die dazu bestimmt sind, an die betroffene Bevölkerung ausgegeben zu werden;

„Betriebsgüter"

die Waren, die zur Verwendung der Ausrüstungsgegenstände und zur Versorgung der Mannschaften erforderlich sind.

(2) Die Vertragsparteien werden den Grenzübergang für die bei Hilfseinsätzen notwendigen Ausrüstungsgegenstände, Hilfsmittel und Betriebsgüter der nach Artikel 2 entsandten Hilfsmannschaften erleichtern. Diese Ausrüstungsgegenstände, Hilfsmittel und Betriebsgüter gelten im Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei als zur vorübergehenden Verwendung abgefertigt.

(3) Die Hilfsmannschaften dürfen außer den bei Hilfseinsätzen notwendigen Ausrüstungsgegenständen, Hilfsmitteln und Betriebsgütern keine Waren mitführen.

(4) Die mitgeführten Hilfsmittel und Betriebsgüter sind, soweit sie bei den Hilfseinsätzen verbraucht werden, von allen Eingangsabgaben befreit. Die Ausrüstungsgegenstände sowie die Hilfsmittel und Betriebsgüter, die bei dem Hilfseinsatz nicht verbraucht wurden, sind wieder auszuführen. Lassen besondere Verhältnisse die Wiederausfuhr nicht zu, so sind Art und Menge sowie ihr Verwahrungsort der für die Hilfseinsätze verantwortlichen Be-

b) I de grænsenære områder:

- på tysk side: indenrigsministeren for delstaten Slesvig-Holsten eller landråderne i kredsene Nordfriesland og Slesvig-Flensborg samt overborgmesteren i Flensborg by
- på dansk side: politimesteren i Gråsten.

(2) Opstår behov herfor, kan der dog umiddelbart anmodes om og tilsiges bistand af de kompetente myndigheder i grænseområderne.

(3) Forbundsrepublikken Tysklands indenrigsminister og Kongeriget Danmarks justitsminister underretter i fornødent omfang hinanden om de i stk. 1, b) nævnte myndigheder og træffer de nødvendige foranstaltninger til etablering af kontakten mellem disse.

Artikel 4

(1) For at kunne gennemføre en hjælpeindsats med den nødvendige effektivitet og hurtighed skal de kontraherende parter begrænse formaliteterne i forbindelse med passage af den fælles grænse til det mindst mulige.

(2) For lederen af et hjælpemandskab er det tilstrækkeligt at medføre en attestation, som beskriver hjælpeaktionen, mandskabsenhedens karakter og det antal, den omfatter. Denne attestation udstedes af den myndighed, som enheden sorterer under. Medlemmerne af et hjælpemandskab er fritaget for krav om pas og opholdstilladelse.

(3) I særlig presserende tilfælde, hvor den i stk. 2 nævnte attestation ikke kan forelægges, vil enhver anden bevislighed være tilstrækkelig for passage af grænsen i bidstandsøjemed.

(4) Grænsepassage kan også finde sted uden for de officielle overgangssteder, hvis særlig hastende omstændigheder gør det påkrævet. Grænsebevogtningsmyndighederne skal i så fald underrettes forinden herom.

Artikel 5

(1) I denne og den følgende artikel betyder

„Udrustning"

materiel, køretøjer og personligt udstyr til brug for hjælpemandskabet;

„Hjælpemidler"

det til brug for hjælpeaktionen medførte supplerende udstyr og andre varer, bestemt for uddeling til den ramte befolkning;

„Driftsmidler"

de varer, som er nødvendige for anvendelse af udrustningen og til forsyning af mandskabet.

(2) De kontraherende parter vil lette grænsepassagen for den udrustning og de hjælpe- og driftsmidler, der ved bistandsaktionen er nødvendige for det i henhold til artikel 2 udsendte hjælpemandskab. Sådan udrustning, hjælpe- og driftsmidler betragtes i den anmodende kontraherende parts højhedsområde som indført til midlertidig anvendelse.

(3) Det er ikke tilladt hjælpemandskaber at indføre andet end den udrustning og de hjælpe- og driftsmidler, som er fornødne til gennemførelse af hjælpeaktioner.

(4) De medbragte hjælpe- og driftsmidler er, i det omfang de er opbrugt under hjælpeaktionerne, fritaget for alle indførselsafgifter. Udrustning, hjælpe- og driftsmidler, som ikke er opbrugt ved hjælpeaktionen, skal genudføres. Tillader særlige forhold ikke genudførsel, skal den for en hjælpeaktion ansvarlige myndighed underrettes om art, mængde og opbevaringssted. Denne myndigheder underretter herefter vedkommende toldsted derom. I denne

hörde anzuzeigen, die die zuständige Zollstelle hiervon benachrichtigt; in diesem Fall gilt das nationale Recht der ersuchenden Vertragspartei.

(5) Für Waren, die nach den Absätzen 2 und 4 abgabenfrei sind, finden die Verbote und Beschränkungen für den Warenverkehr über die Grenze keine Anwendung. Das Verbringen von Suchtstoffen in das Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei im Rahmen der Hilfe nach Artikel 1 und die Rückführung der nicht verbrauchten Mengen gelten nicht als Ein- und Ausfuhr im Sinne des Einheits-Übereinkommens vom 30. März 1961 über Suchtstoffe. Suchtstoffe dürfen nur im Rahmen des dringlichen medizinischen Bedarfs eingeführt und nur durch qualifiziertes medizinisches Personal nach den gesetzlichen Bestimmungen der ersuchten Vertragspartei eingesetzt werden. Unberührt davon bleibt das Recht der ersuchenden Vertragspartei, an Ort und Stelle Kontrollen durchzuführen.

(6) Für die bei Hilfseinsätzen notwendigen Ausrüstungsgegenstände, Hilfsmittel und Betriebsgüter werden keine Ein- oder Ausfuhrpapiere verlangt oder ausgestellt. Der Leiter einer Hilfsmannschaft hat jedoch einen Sammelnachweis der mitgeführten Ausrüstungsgegenstände, Hilfsmittel und Betriebsgüter mitzuführen, der – von Einzelfällen abgesehen – von der Behörde zu bestätigen ist, der die Hilfsmannschaft untersteht.

(7) Die Einfuhr von Ausrüstungsgegenständen, Hilfsmitteln und Betriebsgütern außerhalb zugelassener Grenzübergangsstellen ist der zuständigen Zollstelle baldmöglichst anzuzeigen.

Artikel 6

(1) Luftfahrzeuge können nicht nur für die schnelle Heranführung der Hilfsmannschaften, sondern auch unmittelbar für andere Hilfseinsätze benutzt werden.

(2) Jede Vertragspartei gestattet Luftfahrzeugen, die von der anderen Vertragspartei für die in Absatz 1 genannten Zwecke eingesetzt werden, ihr Hoheitsgebiet zu überfliegen und darauf auch außerhalb von Flugplätzen zu landen und zu starten.

(3) Die Absicht, Luftfahrzeuge einzusetzen, ist den in Artikel 3 genannten Behörden unverzüglich mit möglichst genauen Angaben über Art und Kennzeichen des Luftfahrzeugs, Besatzung, Beladung, Abflugzeit, voraussichtliche Route und Landeort mitzuteilen.

(4) Sinngemäß werden angewandt

a) auf die Besatzung der Luftfahrzeuge und mitfliegende Hilfsmannschaften Artikel 4;

b) auf die Luftfahrzeuge und sonstige mitgeführte Ausrüstungsgegenstände, Hilfsmittel und Betriebsgüter Artikel 5.

(5) Die Anwendung des Absatzes 3 kann in den Einzelvereinbarungen nach Artikel 10 näher geregelt werden.

(6) Soweit sich aus Absatz 2 nichts anderes ergibt, sind die luftrechtlichen Verkehrsvorschriften jeder Vertragspartei weiterhin gültig, insbesondere die Pflicht, den zuständigen Kontrollstellen Angaben über die Flüge zu übermitteln.

Artikel 7

(1) Die Leitung der Rettungs- und Hilfsmaßnahmen obliegt in jedem Fall den Behörden der ersuchenden Vertragspartei.

(2) Anweisungen an die Hilfsmannschaften der ersuchten Vertragspartei werden ausschließlich an die Leiter dieser Mannschaften gerichtet, die Einzelheiten der Durchführung gegenüber den ihnen unterstellten Kräften anordnen. Die zuständigen Behörden der ersuchenden Vertragspartei erläutern nach Möglichkeit bei dem Hilfeersuchen die Aufgaben, die sie den Hilfsmannschaften der ersuchten Vertragspartei übertragen wollen.

(3) Die Behörden der ersuchenden Vertragspartei leisten den Hilfsmannschaften der ersuchten Vertragspartei Schutz und Hilfe.

situation gælder den anmodende kontraherende parts nationale lovgivning.

(5) Bestemmelser om forbud og begrænsninger i grænsehandelen finder ikke anvendelse på varer, der i henhold til stk. 2 og 4 er afgiftsfri. Indførsel af narkotiske lægemidler i den anmodende kontraherende parts højhedsområde inden for rammerne for hjælp i henhold til artikel 1 samt tilbageførsel af ikke anvendte kvanta skal ikke henføres til bestemmelserne om ind- og udførsel i Enkeltkonventionen af 30. marts 1961 om kontrol med narkotiske midler. Narkotiske midler må kun indføres inden for rammen af det strengt nødvendigt medicinske behov og kun anvendes af kvalificeret medicinsk personale i henhold til den anmodede kontraherende parts lovbestemmelser herom. Den anmodende kontraherende parts ret til kontrolforanstaltninger på stedet berøres ikke heraf.

(6) Ind- eller udførselsdokumenter kræves ikke og udstedes ikke for den udrustning og de hjælpe- og driftsmidler, som er nødvendige for hjælpeaktioner. Lederen af et hjælpemandskab skal dog medføre en fortegnelse over udrustning, hjælpe- og driftsmidler, der medbringes. Denne fortegnelse skal – bortset fra i hastesituationer – være bekræftet af den myndighed, hvorunder hjælpemandskabet sorterer.

(7) Sker indførsel af udrustning, hjælpe- og driftsmidler uden for de officielle grænseovergangssteder, skal vedkommende toldsted hurtigst muligt underrettes.

Artikel 6

(1) Luftfartøjer kan anvendes såvel til hurtig overførsel af hjælpemandskaber som indsættes direkte i andre bistandsøjemed.

(2) Hver kontraherende part tillader, at luftfartøjer, som den anden kontraherende part indsætter til opfyldelse af de i stk. 1 nævnte formål, overflyver deres højhedsområde og foretager landing og start på dette også uden for lufthavne.

(3) De i artikel 3 nævnte myndigheder skal ufortøvet gøres bekendt med en kontraherende parts hensigt om at indsætte luftfartøjer tillige med så nøjagtige oplysninger som muligt om indsatte luftfartøjers type og kendetegn, besætning, last, starttidspunkt, forventet rute og landingssted.

(4) a) Artikel 4 finder tilsvarende anvendelse på luftfartøjets besætning og det medfølgende hjælpemandskab;

b) Artikel 5 finder tilsvarende anvendelse på luftfartøjerne og anden medbragt udrustning, hjælpe- og driftsmidler.

(5) Nærmere bestemmelser om anvendelsen af stk. 3 kan fastsættes i de særaftaler, som forudses afsluttet i henhold til artikel 10.

(6) Med mindre andet fremgår af stk. 2, er hver kontraherende parts luftsfartsretlige trafikforskrifter fremdeles gældende, herunder særligt pligten til at give de kompetente kontrolsteder oplysninger om flyvningerne.

Artikel 7

(1) Det påhviler i hvert enkelt tilfælde den anmodende kontraherende parts myndigheder at forestå ledelsen af rednings- og hjælpeforanstaltninger.

(2) Anvisninger til den anmodede kontraherende parts hjælpemandskaber rettes udelukkende til disse mandskabers ledere, som fastlægger den detaljerede gennemførelse over for de dem underlagte styrker. Den anmodende kontraherende parts kompetente myndigheder skal ved anmodningens fremsættelse i videst muligt omfang give oplysning om de opgaver, som de agter at pålægge den anmodede kontraherende parts hjælpemandskaber.

(3) Den anmodende kontraherende parts myndigheder yder den anmodede kontraherende parts hjælpemandskaber beskyttelse og hjælp.

Artikel 8

(1) Die Kosten der Hilfeleistung durch die Hilfsmannschaften der ersuchten Vertragspartei nach Artikel 2, einschließlich der Aufwendungen, die durch Verlust und völlige oder teilweise Zerstörung der mitgeführten Gegenstände entstehen, werden von den Behörden der ersuchenden Vertragspartei nicht übernommen.

(2) Die Hilfsmannschaften der ersuchten Vertragspartei werden jedoch während der Dauer des Einsatzes auf Kosten der ersuchenden Vertragspartei verpflegt und untergebracht und mit Betriebsgütern versorgt, sofern die mitgeführten Bestände aufgebraucht sind. Sie erhalten ferner im Bedarfsfall jede erforderliche medizinische Hilfe.

(3) Bei Hilfeleistungen durch Luftfahrzeuge kann die ersuchte Vertragspartei verlangen, daß die Kosten, die durch den Einsatz von Luftfahrzeugen entstehen, von der ersuchenden Vertragspartei zur Hälfte übernommen werden. Die Höhe dieser Kosten richtet sich nach den in jedem der beiden Staaten gültigen Tarifen, wie sie in den besonderen Vereinbarungen nach Artikel 10 angegeben sind.

Artikel 9

(1) Jede Vertragspartei verzichtet auf alle Entschädigungsansprüche gegen die andere Vertragspartei wegen Beschädigung von Vermögenswerten, die ihr oder einer politischen oder verwaltungsmäßigen Untergliederung gehören, wenn der Schaden von einem Mitglied einer Hilfsmannschaft der anderen Vertragspartei bei der Erfüllung seines Auftrags im konkreten Zusammenhang mit der Durchführung dieses Abkommens verursacht worden ist.

(2) Jede Vertragspartei verzichtet für sich und ihre politischen oder verwaltungsmäßigen Untergliederungen auf alle Entschädigungsansprüche gegen die andere Vertragspartei, die auf dem Schaden beruhen, der einem Mitglied einer Hilfsmannschaft entsteht, das bei der Erfüllung seines Auftrags im konkreten Zusammenhang mit der Durchführung dieses Abkommens eine Verletzung oder den Tod erlitten hat.

(3) Wird durch ein Mitglied einer Hilfsmannschaft der ersuchten Vertragspartei bei der Erfüllung seines Auftrags im Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei einem Dritten ein Schaden zugefügt, so haftet die ersuchende Vertragspartei oder gegebenenfalls ihre ersuchende politische oder verwaltungsmäßige Untergliederung für den Schaden nach Maßgabe der Vorschriften, die im Fall eines durch ein Mitglied ihrer eigenen Hilfsmannschaften verursachten Schadens Anwendung fänden.

(4) Die Behörden der Vertragsparteien arbeiten eng zusammen, um die Erledigung von Schadensersatzansprüchen zu erleichtern. Insbesondere tauschen sie alle ihnen zugänglichen Informationen über Schadensfälle im Sinne dieses Artikels aus.

(5) Dieser Artikel findet auch auf die Übungseinsätze nach Artikel 10 Absatz 5 Anwendung.

Artikel 10

(1) Die in Artikel 3 Absatz 1 genannten Behörden schließen die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlichen Einzelvereinbarungen.

(2) Eine Einzelvereinbarung enthält insbesondere folgende, für die Durchführung der Einsätze wesentliche Angaben:

a) Aufgabenbereich der Personen, die berechtigt sind, Hilfe anzufordern, anzubieten und zuzusagen, sowie Bezeichnung, Anschrift und Telefonnummer der Dienststellen, denen sie angehören;

b) Aufgabenbereich der Person, bei der sich der Leiter der Hilfsmannschaft nach seinem Eintreffen am Einsatzort melden muß, sowie Bezeichnung, Anschrift und Telefonnummer der Dienststelle, der diese Person angehört;

c) Art, Stärke, Ausrüstung und Standort der Einheiten, die auf Ersuchen zu einem Hilfseinsatz entsandt werden können;

Artikel 8

(1) Den anmodende kontraherende parts myndigheder påtager sig ikke at dække udgifterne til den hjælp, der er ydet af den anmodede kontraherende parts hjælpemandskaber i henhold til artikel 2, herunder udgifter i forbindelse med tab eller hel eller delvis ødelæggelse af medbragte genstande.

(2) Under bistandsaktioner afholder den anmodende kontraherende part dog udgifterne i forbindelse med den anmodede kontraherende parts hjælpemandskabers forplejning og logi og forsyner disse med driftsmidler, såfremt de medbragte beholdninger er opbrugt. Mandskaberne er endvidere efter behov berettiget til fornøden lægehjælp.

(3) Ved bistandsaktioner med anvendelse af luftfartøjer kan den anmodede kontraherende part forlange, at halvdelen af omkostningerne i forbindelse med indsætning af luftfartøjer betales af den anmodende kontraherende part. Omkostningerne beregnes efter de i hvert af landene gældende tariffer, således som de er angivet i særaftaler i henhold til artikel 10.

Artikel 9

(1) Hver kontraherende part giver afkald på ethvert erstatningskrav mod den anden kontraherende part for beskadigelse af formuegoder, som tilhører denne eller et politisk eller forvaltningsmæssigt underordnet organ, hvis skaden er forårsaget af et medlem af et af den anden kontraherende parts hjælpemandskab under udførelsen af sin opgave i konkret sammenhæng med gennemførelsen af denne overenskomst.

(2) Hver kontraherende part giver på egne og sine politiske eller forvaltningsmæssigt underordnede organers vegne afkald på ethvert erstatningskrav mod den anden kontraherende part, beroende på en skade påført et medlem af et hjælpemandskab, som under udførelsen af sin opgave i konkret sammenhæng med gennemførelsen af denne overenskomst har været udsat for legemsbeskadigelse eller er afgået ved døden.

(3) Påfører et medlem af et hjælpemandskab fra den anmodede kontraherende part under udførelsen af sin opgave i den anmodende kontraherende parts højhedsområde tredjemand skade, hæfter den anmodende kontraherende part, eller i givet fald dens politiske eller forvaltningsmæssigt underordnede organer for skaden i henhold til de forskrifter, som ville have fundet anvendelse, såfremt skaden var forvoldt af et medlem af dens egne hjælpemandskaber.

(4) De kontraherende parters myndigheder vil samarbejde nært for at lette behandlingen af skadeerstatningskrav. I særdeleshed skal de udveksle alle tilgængelige oplysninger om skader, der må henføres til denne artikel.

(5) Denne artikel finder også anvendelse på øvelsesudrykninger i henhold til artikel 10, stk. 5.

Artikel 10

(1) De i artikel 3, stk. 1 nævnte myndigheder indgår de for gennemførelsen af denne overenskomst fornødne særaftaler.

(2) En særaftale skal særligt omfatte følgende oplysninger, der er væsentlige for gennemførelsen af udrykningen:

a) Arbejdsområde for de personer, der er berettigede til at anmode om, tilbyde og tilsige hjælp, herunder navn, adresse og telefonnummer på de tjenestesteder, som de er tilknyttet;

b) Arbejdsområde for den person, til hvem lederen af et hjælpemandskab skal henvende sig, når han ankommer til opgaveområdet, herunder navn, adresse og telefonnummer på det tjenestested, som den pågældende er tilknyttet;

c) Type, styrketal, udrustning og hjemsted for de enheder, som efter anmodning vil kunne sendes til en hjælpeaktion;

d) alle sonstigen Auskünfte, die geeignet sind, die Hilfe zu beschleunigen und zu erleichtern, insbesondere über Fernsprech- und Funkverbindungen, die zwischen den unter den Buchstaben a und b bezeichneten Dienststellen bestehen oder herzustellen sind, sowie über Landeorte für Luft- und Seefahrzeuge.

d) Alle yderligere oplysninger, som er egnede til at fremskynde og lette hjælpeindsatsen, særligt om de telefon- og radioforbindelser, som består eller skal etableres mellem de under pkt. a) og b) omhandlede tjenestesteder, samt om landingspladser for luftfartøjer og skibe.

(3) Eine weitere Einzelvereinbarung wird für den Betrieb der Funkanlagen getroffen, mit denen die Hilfsmannschaften ausgerüstet sind oder die ihnen zur Verfügung gestellt werden.

(3) Der vil yderligere blive indgået en særaftale med hensyn til driften af de radioanlæg, som hjælpemandskaberne er udstyret med, eller som stilles til rådighed for dem.

(4) Eine Einzelvereinbarung wird auch über die in Artikel 8 Absatz 3 genannten Kosten getroffen.

(4) Der vil endvidere blive indgået en særaftale med hensyn til de i artikel 8, stk. 3 nævnte omkostninger.

(5) Eine Einzelvereinbarung kann unter Umständen die gemeinsame Veranstaltung von Übungseinsätzen beiderseits der Grenzen vorsehen.

(5) En særaftale kan komme på tale om fælles foranstaltninger til gennemførelse af øvelsesudrykninger på begge sider af grænsen.

Artikel 11

(1) Um die Vorhersage und Vorbeugung von Katastrophen oder schweren Unglücksfällen zu fördern und um bei ihrem Eintreten die Einsätze wirksamer zu gestalten, nehmen die Vertragsparteien eine ständige enge Zusammenarbeit untereinander auf. Zu diesem Zweck tauschen sie alle geeigneten Informationen wissenschaftlich-technischer Art aus und veranstalten regelmäßig gemeinsame Tagungen.

(2) Die Vertragsparteien können ferner gemeinsame Untersuchungen und Tagungen durchführen, insbesondere zur besseren Erkenntnis der Ursachen von Katastrophen oder schweren Unglücksfällen und damit zur Verbesserung von Vorbeugungs- und Einsatzmitteln und -methoden.

(3) Auf Veranlassung jeder Vertragspartei können fachliche Lehrgänge für Techniker und Führungskräfte der anderen Vertragspartei und insbesondere für Hilfsmannschaften durchgeführt werden.

(4) Die Vertragsparteien tauschen ferner Informationen über Gefahren und Schäden aus, die sich auf das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei auswirken können. Die gegenseitige Unterrichtung umfaßt auch die vorsorgliche Übermittlung von Meßdaten.

(5) Diese Zusammenarbeit wird durch die in Artikel 3 genannten zuständigen Stellen durchgeführt.

(6) Die Anwendung dieses Artikels, insbesondere des Absatzes 4, wird in Einzelvereinbarungen näher geregelt.

Artikel 11

(1) De kontraherende parter indleder et løbende og nært samarbejde for at forbedre muligheden for at forudsige og forebygge katastrofer eller alvorlige ulykker og for, såfremt de indtræffer, at gøre bistandsindsatsen mere effektiv. Med dette for øje udveksler de alle egnede oplysninger af videnskabeligteknisk natur, ligesom der arrangeres regelmæssige fælles møder.

(2) De kontraherende parter kan endvidere arrangere fælles undersøgelser og møder, navnlig med henblik på at opnå bedre kendskab til årsagerne til katastrofer og alvorlige ulykker og dermed mulighed for at forbedre forebyggelses- og aktionsmidler og -metoder.

(3) På foranledning af hver af de kontraherende parter kan der gennemføres faglige kurser for den anden kontraherende parts teknikere, ledere og specielt for hjælpemandskaber.

(4) De kontraherende parter udveksler endvidere oplysninger om risici og skader, som kan tænkes at få indvirkning på den anden kontraherende parts højhedsområde. Den gensidige underretningsvirksomhed omfatter for en sikkerheds skyld også formidlingen af måledata.

(5) Dette samarbejde gennemføres af de i artikel 3 anførte kompetente myndigheder.

(6) Anvendelsen af denne artikel, navnlig af dens stk. 4, fastlægges nærmere i særaftaler.

Artikel 12

Alle Streitigkeiten über die Anwendung dieses Abkommens, die nicht unmittelbar durch die in Artikel 3 genannten Behörden beigelegt werden können, werden auf diplomatischem Weg beigelegt.

Artikel 12

Uoverensstemmelser om anvendelsen af denne overenskomst, som ikke umiddelbart kan bilægges af de i artikel 3 nævnte myndigheder, skal løses ad diplomatisk vej.

Artikel 13

Dieses Abkommen berührt nicht die Verpflichtungen und Zusicherungen anderer Vereinbarungen über die gegenseitigen Hilfeleistungen bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen mit besonderen Schadensursachen, denen beide Vertragsparteien beigetreten sind, sowie sonstige bestehende vertragliche Regelungen zwischen den Vertragsstaaten.

Artikel 13

Denne overenskomst berører ikke forpligtelserne og tilsikringerne i andre aftaler om gensidig bistand vet katastrofer eller alvorlige ulykker med særlige skadeårsager, som er tiltrådt af begge de kontraherende parter, og berører lige så lidt gældende overenskomstmæssige bestemmelser mellem de kontraherende parter.

Artikel 14

Dieses Abkommen wird auf unbegrenzte Zeit geschlossen. Es kann nach Ablauf von fünf Jahren nach seinem Inkrafttreten jederzeit unter Einhaltung einer Frist von einem Jahr gekündigt werden.

Artikel 14

Denne overenskomst indgås uden tidsbegrænsning. Den kan fem år efter sin ikrafttræden til enhver tid opsiges med eet års varsel.

Artikel 15

(1) Mit Ausnahme der Bestimmungen dieses Abkommens über den Luftverkehr gilt das Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Königreichs Dänemark innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 15

(1) Med undtagelse af bestemmelserne verdrørende lufttrafikken gælder overenskomsten også for Land Berlin, såfremt Forbundsrepublikken Tysklands regering ikke inden tre måneder efter overenskomstens ikrafttræden over for Kongeriget Danmarks regering afgiver en modstående erklæring.

(2) Dieses Abkommen findet keine Anwendung auf die Färöer und auf Grönland.

(2) Denne overenskomst gælder ikke for Færøerne og Grønland.

Artikel 16

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Artikel 16

(1) Denne overenskomst skal ratificeres; ratifikationsinstrumenterne skal udveksles i Bonn snarest muligt.

(2) Denne overenskomst træder i kraft den første dag i den anden måned efter udvekslingen af ratifikationsinstrumenterne.

Geschehen zu Tondern am 16. Mai 1985, in zwei Urschriften, jede in deutscher und dänischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Udfærdiget i Tønder den 16. maj 1985 i to originale eksemplarer på tysk og dansk, og således at hver tekst har samme gyldighed.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For Forbundsrepublikken Tyskland
Dr. Helmut Kohl

Für das Königreich Dänemark
For Kongeriget Danmark
Poul Schlüter

Denkschrift zum Abkommen

A. Allgemeiner Teil

Gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen ist eine traditionell geübte Praxis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und ihren Nachbarstaaten, die sich naturgemäß vor allem im Grenzbereich entfaltet. Großflächige Katastrophen der letzten Jahre, z. B. der ausgedehnte Waldbrand in Niedersachsen, haben die Erkenntnis vermittelt, das Hilfspotential der europäischen Staaten soweit wie möglich im Bedarfsfall auch über den grenznahen Raum hinaus zu nutzen. Dazu bedarf es klarer Absprachen, insbesondere über die zuständigen Stellen, die Erleichterung des grenzüberschreitenden Verkehrs von Personen und Sachen, Schadenersatz-, Haftungs- und Kostenfragen. Das am 16. Mai 1985 in Tondern unterzeichnete deutsch-dänische Abkommen trifft für diesen Bereich Regelungen, die im Ernstfall eine reibungslose Zusammenarbeit gewährleisten.

Inhaltlich im wesentlichen gleichlautende Abkommen wurden schon mit Frankreich am 3. Februar 1977, Luxemburg am 2. März 1978, Belgien am 6. November 1980 und der Schweiz am 28. November 1984 unterzeichnet; mit den Niederlanden sind Vertragsverhandlungen aufgenommen worden.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1

Artikel 1 statuiert die Verpflichtung zur gegenseitigen Hilfeleistung im Rahmen der jeweiligen Möglichkeiten der Vertragsstaaten und definiert die im Abkommen verwandten Begriffe „Katastrophe oder schwerer Unglücksfall".

Zu Artikel 2

Artikel 2 behandelt die personelle Komponente der Hilfeleistung.

Zu Artikel 3

In Absatz 1 sind die in beiden Vertragsstaaten zuständigen Behörden für die Stellung und Entgegennahme von Hilfeersuchen bestimmt.

Absatz 2 stellt klar, daß die bisher geübte Praxis der Nachbarschaftshilfe im Grenzbereich einschließlich der unmittelbaren Kontaktaufnahme fortbestehen kann.

Zu Artikel 4

Dieser Artikel enthält im Interesse der erforderlichen Schnelligkeit und Wirksamkeit der Hilfseinsätze für Hilfsmannschaften Regelungen über Erleichterungen im grenzüberschreitenden Personenverkehr.

Zu Artikel 5

Dieser Artikel korrespondiert mit Artikel 4, indem er mit derselben Zielsetzung auch hinsichtlich der von den Hilfsmannschaften mitgeführten Ausrüstungsgegenstände, Hilfsmitteln und Betriebsgütern Erleichterungen im grenzüberschreitenden Güterverkehr einräumt.

Zu Artikel 6

Artikel 6 trifft für den bei Hilfsmaßnahmen etwa erforderlichen Einsatz von Luftfahrzeugen Regelungen, durch die insbesondere gestattet wird, das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei zu überfliegen, darauf zu starten und zu landen, und erklärt die Artikel 4 und 5 für entsprechend anwendbar.

Zu Artikel 7

Diese Vorschrift unterstreicht die Verantwortung der Behörden des Einsatzstaates für die Hilfsaktion und legt das Verfahren der Einordnung der angeforderten Hilfsmannschaften in die Maßnahmen zur Schadensabwehr und -beseitigung fest.

Zu Artikel 8

Absatz 1 verpflichtet die Vertragsstaaten grundsätzlich zu einem wechselseitigen Kostenverzicht.

Absatz 2 räumt den entsandten Hilfsmannschaften für die Dauer ihres Einsatzes kostenlose Verpflegung, Unterbringung, Versorgung mit Betriebsgütern und im Bedarfsfall medizinische Hilfe ein.

Absatz 3 bestimmt für den sehr kostenaufwendigen Einsatz von Luftfahrzeugen, daß die Vertragsparteien die Aufwendungen, die durch den Einsatz entstehen, je zur Hälfte unter Zugrundelegung der jeweils geltenden Tarife (Flugstundenpreis) übernehmen.

Zu Artikel 9

Jeder Vertragsstaat verzichtet grundsätzlich auf alle seine im Zusammenhang mit der Durchführung des Abkommens zustehenden Entschädigungsansprüche aus Vermögens- und Personenschäden. Darüber hinaus wird in Absatz 3 eine Regelung im Falle von Drittschäden, die durch ein Mitglied der Hilfsmannschaft der ersuchten Vertragspartei entstehen, getroffen.

Durch Absatz 5 werden diese Vorschriften auf Übungseinsätze ausgedehnt.

Zu Artikel 10

Artikel 10 enthält Regelungen über die zur Durchführung des Abkommens abzuschließenden Einzelvereinbarungen, durch die bestimmte technische und organisatorische Maßnahmen und Verfahren näher geregelt werden.

Zu Artikel 11

Artikel 11 statuiert die Verpflichtung zur künftigen Zusammenarbeit und zum Informationsaustausch auf dem Gebiet der Vorbeugung und Bekämpfung von Katastrophen oder

schweren Unglücksfällen sowie zu einem vorbeugenden Informationsaustausch über drohende Gefahren.

Zu Artikel 12

Dieser Artikel verweist Streitigkeiten über die Anwendung des Abkommens, die nicht von den fachlich zuständigen Stellen beider Vertragsparteien beigelegt werden können, auf den diplomatischen Weg.

Zu Artikel 13

Artikel 13 statuiert, daß zwischen den beiden Vertragsstaaten bestehende vertragliche Regelungen durch dieses Abkommen nicht berührt werden.

Zu Artikel 14

Diese Vorschrift behandelt die Geltungsdauer sowie das Verfahren der Kündigung des Vertrages.

Zu Artikel 15

Dieser Artikel schafft die Voraussetzung für die Einbeziehung des Landes Berlin in das Abkommen.

Zu Artikel 16

Artikel 16 enthält die Vorschriften über die Ratifizierung und das Inkrafttreten des Abkommens.



Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn 712279 5. 87
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333